

1. September 1965: Weltfriedenstag

Wen zog die Lehren?

„Der beste Weg, den deutschen Osten wiederzuerlangen, ist die Wiederbewaffnung Deutschlands innerhalb der Europa-Armee.“ (Adenauer in Freiburg/Breisgau, 16. Februar 1952)

„Nur mittels eines radikalen Umbruchs im Leben und in der Einstellung des ganzen deutschen Volkes, nur durch Schaffung einer antifaschistischen und demokratischen politischen Ordnung ist es möglich, das Leben der deutschen Nation zu retten.“

„Es gab zwei Vorstellungen... Die zweite Vorstellung war die, möglichst am Eisernen Vorhang verteidigen und wenn möglich, offensiv gegen den Osten. Dieser These verheßen wir zum Erfolg.“ (Adenauer im Bundestag, 5. Dezember 1952)

Die Vertreter der vier Parteien sind bei voller gegenseitiger Anerkennung ihrer Unabhängigkeit entschlossen, mit einmütiger Kraft diese großen Probleme durch Bildung einer festen Front antifaschistischer und demokratischer Organisationen zu lösen.

„Ich habe sehr eindeutig erklärt, und ich wiederhole es heute: Es gibt keine deutsche Bundesregierung, weder heute noch morgen, die die Oder-Neiße-Linie als Grenze anerkennen kann.“ (Bundesaußenminister von Brentano im Südwestfunk, 2. Mai 1954)

Mit dieser Entwicklung beginnt die neue Phase in der Geschichte Deutschlands (Adresse des Blocks der vier antifaschistischen Parteien an die Potsdamer Gipfelkonferenz, Berlin, 14. Juli 1949)

„Die CSSR, Polen und die SU sollen sich ja nicht der Hoffnung hingeben, daß wir das Land hinter Oder und Neiße abgeschrieben haben. Es geht um die Befreiung aller Völker in Mittel- und Osteuropa und um die Ausdehnung des christlichen Abendlandes auf ganz Osteuropa.“ (Bundesminister Seeböhm auf dem Revanchistentreffen in Aachenburg, 3. Oktober 1949)

„Die Volkshammer, der Staatsrat, die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Nationale Front des demokratischen Deutschland erklären am 21. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus feierlich:

„Ich wiederhole es: Wir sind politisch stärker und verantwortlicher geworden. Die spezifische Position der Bundesrepublik erfordert eine dynamische Politik im Innern und nach außen.“ (Bundeskanzler Erhard auf dem 12. CDU-Parteitag in Düsseldorf, 28.31. März 1965)

Die Deutsche Demokratische Republik wird auch in Zukunft alle ihre Kräfte dafür einsetzen, daß niemals mehr ein Krieg von östlichem Boden ausgeht, daß Frieden und Sicherheit in Europa gefestigt werden, daß der ganzen Welt der Frieden erhalten bleibt, daß die deutsche Nation zu einem friedlichen demokratischen Staat zusammengeführt wird.“ (Manifest zum 21. Jahrestag der Befreiung, Berlin, 5. Mai 1965)

„Wir wollen im Dienste der Freiheit und Europas dem Status quo widerstehen und ihn überwinden... Wir wollen gemeinsam einwirken auf die Realitäten im kommunistisch beherrschten Teil Europas... Wenn wir den Status quo überwinden wollen, müssen wir handeln... Das heißt, meine Freunde: Ja sagen zu allem, was in den Wirklichkeiten des Alltags wider den Status quo geht.“ (Vorsitzender der CDU-CSU-Bundesversammlung Barzel auf dem 12. CDU-Parteitag in Düsseldorf, 28.31. März 1965)

„Ausgehend von ihrer Verantwortung für den Frieden im Herzen Europas bekräftigt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihre der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik unterbreiteten Vorschläge, daß beide deutsche Staaten

„Ich meine, daß eine Form der atomaren Organisation gefunden werden muß, die das Sicherheitsbedürfnis der nicht stinnar getragenen NATO-Mitglieder... befriedigt. Wenn dies durch die Schaffung einer Multilateralen Atlantischen Abschreckungsstrategie oder eine gleichwertige Lösung geschehen ist, könnte Deutschland seinen Alliierten gegenüber auf den Erwerb eigener Atomwaffen verzichten.“ (Bundesaußenminister Schröder, Erklärung vom 3. Juli 1965)

1. auf die Produktion, den Erwerb und die Anwendung von Kernwaffen sowie auf die Erlangung der Verfügungsgewalt über sie in jedweder Form verzichten;
2. einen Stillstand vereinbaren.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist bereit, sofort entsprechende Verhandlungen über diese Vorschläge aufzunehmen. Sie ist überzeugt, daß ihre Verwirklichung durch beide deutsche Staaten zu einer fähbaren Entspannung in Europa führen und Abwärtsschritte im Wettlaufwettbewerb erzielbar würde.“ (Auss. der Erklärung der Regierung der DDR zur Wiederaufnahme der Verhandlungen des „3-Staaten-Achtungsausschusses“ in Genf, August 1965)

DDR - DEUTSCHER FRIEDENSSTAAT

Ingenieurpraktikum steigert Selbstbewußtsein und Pflichtgefühl

(UZ) „Erarbeiten Sie eine Einschätzung Ihres Ausbildungsweges an der TU unter dem Gesichtspunkt der Anforderungen des Ingenieurpraktikums“ lautete das Thema der Abschlussarbeit im Fach Marxismus-Leninismus, das der Student Rolf Haase während seines Praktikums im VEB Kranbau Eberswalde untersuchen sollte (siehe „UZ“ 12/13/65, Seite 3).

aufgabe von einem Kollegen betreut wird, der sich in seiner Arbeit mit ähnlichen oder sogar gleichen Problemen beschäftigt. Das würde auf jeden Fall dem fachlichen Kontakt zwischen beiden dienlich sein, da dann ein gegenseitiges unbedingtes Interesse vorliegt.“

Wichtig für ein erfolgreiches Praktikum ist die richtige Betreuung des Studenten im Praktikumsbetrieb. Wie wichtig das ist, zeigte unter anderem die Meinung des Kollegen aus dem VEB Kranbau Eberswalde, der bei der Verteidigung der Arbeit des Studenten Haase anwesend war. „Die Aufgabenstellung für den Studenten Rolf Haase war viel zu theoretisch und allgemein und hatte mit dem betrieblichen Geschehen unmittelbar nichts zu tun. Der Betreuer hat vielfach mit der Aufgabe, die er betreuen soll, keine Berührung, empfindet sie als zusätzliche Belastung. Entscheidend für den Betrieb ist in erster Linie die Planerfüllung. Damit steht und fällt auch das Betreuungsproblem. Es ist nicht so, daß einer während der Arbeitszeit den Betreuer macht. Jeder muß seine Arbeitszeit abrechnen, möglichst nach Auftragsnummern. Wenn die Arbeit in diesen Auftrag hineinfällt, wird er auch dafür Zeit haben. Uns interessiert vor allem die Planerfüllung.“ Soweit der Kollege aus Eberswalde.

Andere Beispiele, so im VEB „Rotes Banner“ in Döbeln, haben bewiesen, daß nicht bei allen Betreuern solche falschen Meinungen vorhanden sind wie bei dem Kollegen aus Eberswalde. Ihnen, die heute in der Produktion um die Planerfüllung ringen, muß doch an erster Stelle daran liegen, daß die künftigen Leiter unserer Industrie, auch in Eberswalde, Menschen sind, die es verstehen, ihr theoretisches Wissen mit höchstem Nutzen in der Praxis anzuwenden. Dazu hilft diesen jungen Menschen auch das Ingenieurpraktikum. Rolf Haase hat in seiner Arbeit sehr deutlich formuliert, was er in 4en Monaten im VEB Kranbau Eberswalde gelernt hat:

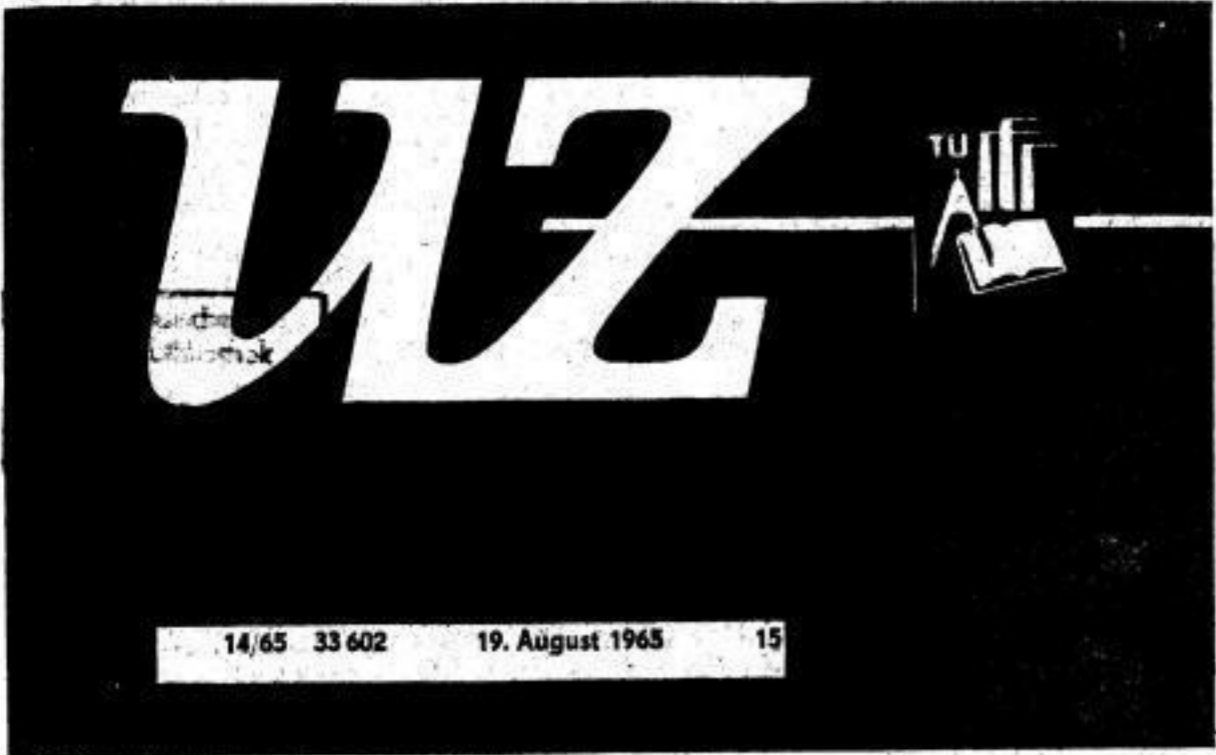
Student Haase hat etwas Ähnliches festgestellt. In seiner Arbeit schreibt er darüber:

„In Studentenkreisen wurde vielfach die Frage der Zweckmäßigkeit des Ingenieurpraktikums diskutiert. Dabei wurde die Meinung vertreten, da die Studenten jährlich ein sechswöchiges Praktikum absolvieren, erübrigt sich ein zusätzliches einjähriges Ingenieurpraktikum. Ich glaube, daß diese Meinung nicht berücksichtigt, daß allgemein ein Absolvent nach Beendigung des Studiums an der TU eine relativ lange Einarbeitungszeit benötigt, denn es fehlen die fachlichen und politischen Erfahrungen. Weder der Vorlesungsbetrieb noch die Berufspraktika sind in der Lage, diese Erfahrungen zu vermitteln. Ein einjähriges Ingenieurpraktikum gibt dem Studenten jedoch die Möglichkeit, nach Abschluß des Studiums seine volle Arbeitskraft schnell wirksam werden zu lassen, da er das selbständige Lösen fachlicher Probleme und die andere Art des Umganges mit Menschen kennengelernt hat.“

„Es muß dazu unbedingt erwähnt werden, daß der Betreuer diese Aufgabe neben seiner eigentlichen Arbeit übernommen hat. Oftmals fällt diese Hauptaufgabe den Kollegen so aus, daß ihm wenig Zeit für eine Betreuung bleibt. So sind im VEB Kranbau zwei der drei Betreuer in leitenden Funktionen tätig. Es müßte deshalb bei der Auswahl der Betreuer darauf geachtet werden, daß der Kollege in der Lage ist, dieser Aufgabe neben seiner täglichen Arbeit gerecht zu werden. An dieser Stelle muß aber auch gesagt werden, daß der Student maßgeblichen Anteil an der Qualität seiner Betreuung hat. Je nachdem, welchen persönlichen Kontakt er zu seinem Mentor hat, wird das Ergebnis der Arbeit positiv oder negativ sein. Ist dieser Kontakt vorhanden, so ist meiner Meinung nach der Betreuer zwangsläufig an dem Fortgang der Arbeit interessiert, während der Student ständig bestrebt sein wird, sich mit ihm über aufgetretene Probleme, Schwierigkeiten und auch Erfolge auszutauschen. Es wäre ein großer Vorteil, wenn die Praktikums-

Und an anderer Stelle: „Im Ingenieurpraktikum können Fragen geklärt werden, wozu an der TU entweder die Zeit fehlt oder die, da sie sehr speziell sind, als Randprobleme abgetan werden müssen. Mir wurde zum Beispiel erst im Praktikum klar, welche Bedeutung die Last-Weg-Kurve von Wippkranen für die Auslegung des Lenkersystems hat. Diesem Beispiel könnten noch eine ganze Reihe weitere hinzugefügt werden, was ich aber der Kürze der Arbeit wegen nicht für notwendig erachte. Bei der Ausbildung an der TU laufen die meisten Vorlesungen beziehungslos nebeneinander. Es fällt daher dem Studenten schwer, den Zusammenhang zwischen den ein-

(Fortsetzung auf Seite 2)



14/65 33 602 19. August 1965 15

Seite 2
„UZ“ antwortet auf Fragen zu unseren Volkswahlen

Seite 3
Studentensommer 1965

Seite 4
Vorbildliche Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis

Seite 5
TU 1961 bis 1965

Seite 6
Die Front des wahren Deutschlands

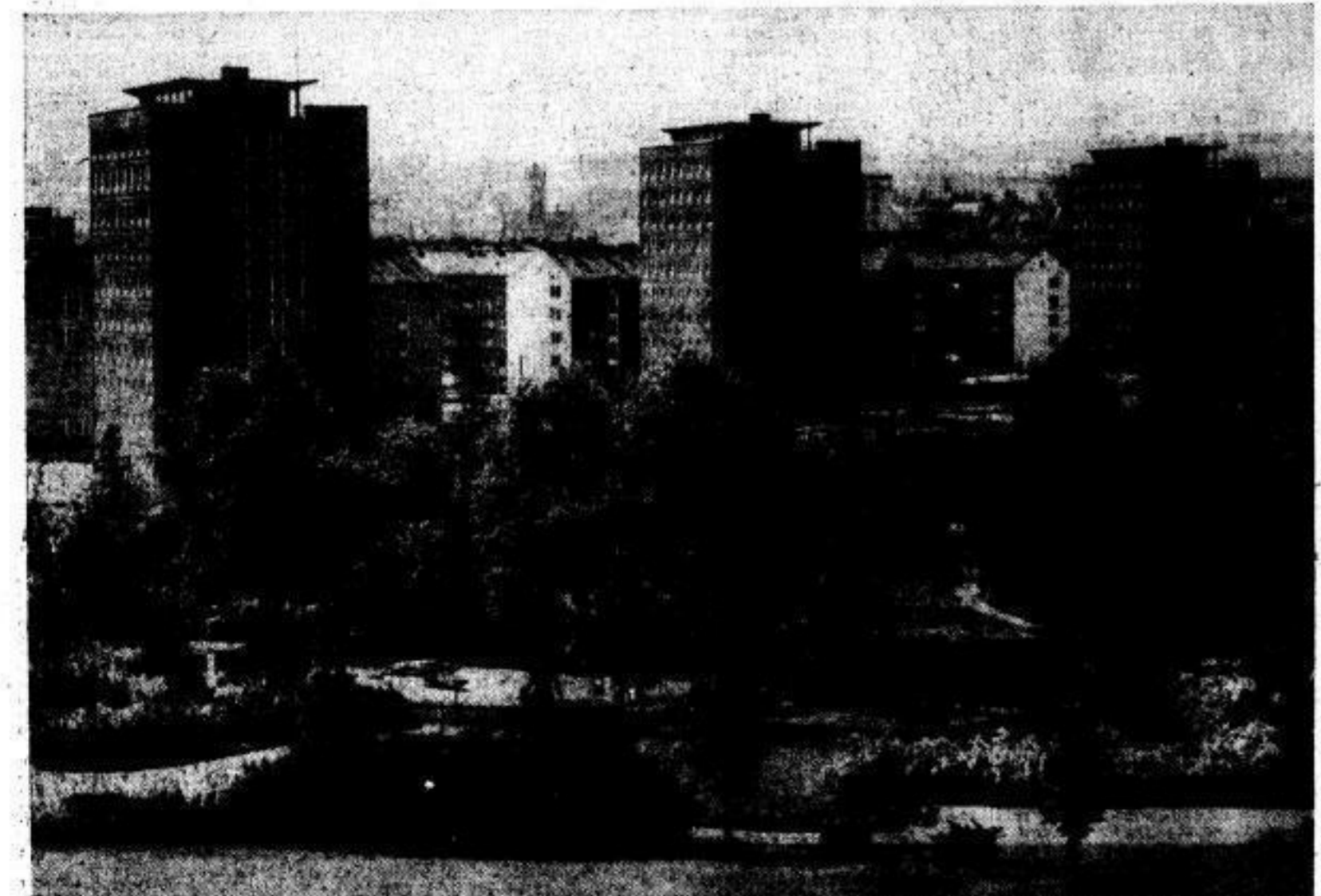
Zwei Wahlen - zwei Welten

Wahlen sind niemals von den ökonomischen und politischen Machtverhältnissen, vom Inhalt der jeweiligen Staatsmacht, worin die Wahlen nun einmal integriert sind, zu isolieren. Die politische Bedeutung, der Charakter und die Funktion von Wahlen in jedem Staat läßt sich vielmehr nur von diesem objektiven und zuverlässigen Maßstab aus beurteilen. Jeder hiervon losgelöste Maßstab muß das Urteilsvermögen des Wählers irreführen, muß in der Konsequenz zu Illusionen und Gleichgültigkeit führen. Er lenkt den Blick weg von den Hauptfragen unseres Kampfes, hin an die Oberfläche bestimmter „demokratischer Spielregeln“, „parlamentarischer Methoden“. Doch im September und Oktober geht es um mehr als um gewisse Wahlpraktiken, um mehr als nur Stimmzettel und Abgeordnetensitze. Es geht um die verantwortungsvolle Entscheidung: Wie soll es in Deutschland weitergehen?

objektiven Entwicklungsprozessen den Menschen, seine Schöpferkraft und alle seine Anliegen zum Ausgangspunkt und Endziel des gesellschaftlichen Geschehens machen.
Wichtige Veränderungen gegenüber der bisherigen Wahlordnung zeugen von der demokratischen Weiterentwicklung des Wahlsystems - angefangen bei der Leitung der Wahlen, die Sache des ganzen Volkes ist. Die Mitglieder aller Wahlkommissionen sind auf die gleiche demokratische Weise vorgeschlagen. Sie sind arbeitende Organe und üben unmittelbar die Leitung der Wahlen aus.
In Westdeutschland ist auch in dieser Frage der Wahlen die Lage entgegengesetzt. Wahlleiter, Wahlvorsteher und deren Stellvertreter sowie die Wahlvorstände, gleich auf welcher Ebene, berufen nicht die Bevölkerung. Dies ist Sache der Bundesregierung und der Landesregierungen. Wer also die Wahlen leitet und wer die Hintermänner der Wahlleitung sind, bleibt der Öffentlichkeit verschwiegen.
Das neue Wahlsystem der DDR wird auch die Beziehungen, den Kontakt zwischen den Wählern und ihren Kandidaten bzw. Abgeordneten als ein wichtiges Bindeglied zwischen Bevölkerung und ihrem Staat noch inniger gestalten. Aus diesem Grunde werden die Wahlkreise weiter verkleinert und das System der Rechenschaftslegungen weiter ausgebaut. Die Wähler können noch besser als bisher prüfen, wie der Abgeordnete seinem gesellschaftlichen Auftrag gerecht wird, wie er das Vertrauen verwaltet, das ihm am Wahltag bescheinigt wurde. Unter den Bedingun-

gen der verkleinerten Wahlkreise können sich die Wähler mit den Zusammenhängen zwischen den eigenen Anstrengungen und Leistungen mit den entscheidenden Positionen der Innen- und Außenpolitik von Partei und Regierung noch besser vertraut machen. Zugleich ergibt sich für die Abgeordneten der Vorzug, auch jenen Teil der Mitbürger, die heute noch auf die Ausübung wesentlicher Rechte verzichten, für die freiwillige gesellschaftliche Mitarbeit zu mobilisieren.
Weiterhin enthält die jetzige Wahlordnung, die demokratische Regelung, daß in jedem Wahlkreis mehr Kandidaten auf die Liste gesetzt werden können, als Abgeordnetenmandate zu besetzen sind. Gewählt sind diejenigen Kandidaten, die mehr als 50 Prozent der gültigen Stimmen auf sich vereinigen. Erhält eine größere Anzahl der Kandidaten mehr als 50 Prozent der Stimmen als Mandate im jeweiligen Wahlkreis vorhanden sind, so entscheidet die Reihenfolge der Kandidaten auf dem beschlossenen Wahlvorschlag über die Besetzung der Abgeordnetenmandate und zugleich über die Nachfolgekandidaten. Die Anzahl der Nachfolgekandidaten wird jetzt durch die Anzahl der mehr aufgestellten, gewählten Kandidaten bestimmt.
Diese demokratische Bestimmung berücksichtigt, daß dem Sozialismus ständig neue Kräfte zuwachsen. In ihr äußern sich die wirklichen politischen Grundrechte der Bürger, aller Parteien und Massenorganisationen.
Mit der Möglichkeit, zusätzlich Kandidaten aufzustellen, findet der Wähler noch bessere Berücksichti-

ung als bisher. Die Bevölkerung kann eine echte Mehrheitsentscheidung über die aktivsten, würdigsten, erfahrensten und bekanntesten Kandidaten treffen.
Das Bonner Wahlsystem hingegen ist ein Ausdruck der monopolistischen Machtverhältnisse in Westdeutschland, eine Form der Machtausübung der Monopolliberalisten. Die eigentliche Funktion der Bundestagswahlen besteht darin, die bestehenden Machtverhältnisse „demokratisch“ zu verbrämen, die geschichtsbildende Kraft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zu lähmen, den Prozeß der Bewußtwerdung ihrer Lage und Kraft zu verzögern. Unter dem Titel „Geht alle Macht vom Volke aus?“ gelangt Prof. Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim im „Spandauer Volksblatt“ zu der Feststellung:
„Die aktive Mitwirkung und Teilnahme der Bürger und ihrer Organisationen am politischen Leben, die darüber entscheidet, ob der politische Alltag demokratisch ist, wird heute nicht ermutigt, sondern entmutigt... Insbesondere ist jede kritische oder gar oppositionelle Haltung in den entscheidenden Fragen der Außenpolitik, der Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung, ja, auch der Kulturpolitik stets der Gefahr ausgesetzt, als „staatsfeindlich“, „kommunistisch“ und „atheistisch“ diffamiert zu werden.“
Die Fernhaltung der Volksmassen vom Staatsgeschehen ist Voraussetzung einer Staatsmacht, die in den Ländern einer ausbreitenden Minderheit konzentriert ist. Obgleich der Artikel 38 der Verfassung des Bonner Staates die Freiheit und Gleichheit der Wahlen beteuert (Fortsetzung Seite 2)



Seit 1949
165 Millionen für den Wiederaufbau

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat in den vergangenen Jahren zielstrebig einen Aufbau geleistet, die wohl einseitig ist. Dabei ist der Aufbau unter schwierigsten Bedingungen durchgeführt worden. Neben der vorrangigen Entwicklung unserer Volkswirtschaft haben die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik besonders darauf geachtet, daß genügend Fachkräfte ausgebildet werden. Der Volkswirtschaft und dem Hoch- und Fachschulwesen wurden deshalb bedeutende Mittel zugewiesen, damit diese auch mit finanzieller Hilfe

gute Hoch- und Fachschulkader ausbilden können. Für den Neu- und Wiederaufbau wurden allein der Technischen Universität Dresden seit 1949 165 Millionen MDN zur Verfügung gestellt. Es konnten neue Institute errichtet und die Ausbildung auf acht Fakultäten ausgedehnt werden. 1965 beträgt die Zahl der Studenten über 17 000, davon rund 16 000 Direkt- und 6 000 Fern- und Abendstudenten. Die Ausbildung erfolgt an den Fakultäten Mathematik und Naturwissenschaften, Bauwesen, Maschinenwesen, Technologie, Elektrotechnik, Ingenieurökonomie, Forstwirtschaft sowie Berufspädagogik und Kulturwissenschaften.